



Gesammelte Antworten der BM-Kandidaten*innen

Sortiert alphabetisch nach Kommunen

Von: Frank Stein, SPD, Bergisch Gladbach

Ich teile Ihre kritische Bewertung sowohl der aktuellen Situation als auch des Zustandekommens der jetzigen Nachtflugerlaubnis. Die seinerzeitige Verlängerung der Nachtflugerlaubnis bis 2030 ohne jede Öffentlichkeitsbeteiligung war eine inakzeptable intransparente Maßnahme der Landesregierung. Eine solche „Nacht-und-Nebel-Aktion“ darf sich nicht wiederholen. Das müssen alle Städte und Gemeinden der Region laut und unüberhörbar einfordern.

Einen Zusammenschluss aller vom Fluglärm betroffenen Gemeinden halte ich für sehr wichtig und notwendig. Er muss auf der Ebenen der Ober-/Bürgermeister/-innen verortet sein und darf in den einzelnen Kommunen nicht auf andere Verwaltungsebene delegiert werden. Fluglärm muss „Chefsache“ sein. Die neu gewählten Ober-/Bürgermeister/-innen der betroffenen Städte und Gemeinden sollten hierzu eine/n Sprecher/-in „Fluglärm“ bestimmen, der/die im Namen aller Kommunen spricht und so mit wirklich großem politischen Gewicht auftreten kann.

Kernforderungen der Kommunen sollten sein:

- Solange die jetzige Genehmigungsbehörde des Flughafens besteht, durch Optieren von Routen und Betriebszeiten die Lärmbelästigung soweit wie möglich zu reduzieren.
- Einen transparenten Prozess für die Zeit nach 2030 einzufordern. Eine Initiative „Köln-Bonn 2030“, um diesen Diskussionsprozess zu unterstützen und mit der diese Diskussion gesteuert wird, halte ich für durchaus zielführend und fände meine Unterstützung.
- Der Flächennutzungsplanausschuss, der Ausschuss für Verkehr, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr sowie der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach haben am 20.12.2017 folgendes beschlossen: „*Die Stadt BGL fordert daher, den bereits im Jahr 2017 einstimmig geforderten Landtagsbeschluss, im Passagierluftverkehr eine Kernruhezeit zwischen 00:00 Uhr und 05:00 Uhr einzuführen, endlich umzusetzen*“. Dafür werde ich mich als Bürgermeister einsetzen.

Ich bin der Auffassung, dass für die weitere Regelung des Nachtflugs über das Jahr 2030 hinaus ein transparenter und fairer öffentlicher Diskussionsprozess stattfinden muss, der eine Abwägung der gegenläufigen Interessen ermöglicht. Die verständlichen wirtschaftlichen Interessen auf der einen Seite und die ebenso verständliche Forderungen betroffener Bürger (und der Umwelt) nach

Gesundheit und Lebensqualität sind entgegenzustellen und sachgerecht abzuwägen. Zentrale Fragen sind insbesondere die Notwendigkeit nächtlichen Passagierflugverkehrs, Einschränkungen des Frachtflugverkehrs durch Zeitkorridore und Gebührenregelungen. Die erhebliche wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens und insbesondere der Logistikzentren für die Region müssen genauso in den Abwägungsprozess einfließen wie die Belange der Nachtruhe und des Gesundheitsschutzes. Für weitere Gespräche stehe ich gerne zur Verfügung.

XXXXX

Von: Christian Buchen, CDU Bergisch Gladbach

vielen Dank für Ihren Offenen Brief des Lärmschutzbündnis Flughafen Köln/Bonn e.V. und den darin enthaltenen Fragen. Wie Sie sicherlich bereits gesehen haben, habe ich dem Bürgerverein Fluglärm Rösrath e.V. bereits auf einen offenen Brief geantwortet. Bitte erlauben Sie mir, meine diesbezügliche Antwort auch Ihnen zukommen zu lassen – denn meine Position hat sich natürlich nicht verändert:

„Mir ist bewusst, dass zahlreiche Bürgerinnen und Bürgern unter der Fluglärmproblematik - insbesondere im Umfeld der Einflugschneisen - leiden. Deshalb gehört die Nachtflug-Regelung auf den Prüfstand. Die im Offenen Brief „Köln-Bonn 2030“ enthaltene Situationsbeschreibung nehme ich sehr ernst. Ich befürworte einen offenen Austausch der betroffenen Kommunen; denn ein isoliertes Vorgehen würde kaum zu gewünschten Veränderungen führen, obwohl auch die Einzelstimme wichtig ist. Zwar liegt die Nachtflugerlaubnis bis 2029 vor; aber immerhin hat die NRW-Landesregierung zugesichert, dass es keine frühzeitige Verlängerung dieser Erlaubnis über 2030 hinaus per Schnellverfahren geben wird. Hier liegt die zu ergreifende Chance der Einflussnahme.“

Von daher bin ich mit Ihnen der Meinung: Nur über einen geordneten Diskussionsprozess, der alle Gruppen einbezieht, ist das Ziel erreichbar, den nächtlichen Flugbetrieb kritisch zu thematisieren, um einen wirkungsvollen Weg der Eindämmung von Belastungen beschreiten zu können. Dabei ist mir, wie Sie es ansprechen, zuvorderst die Bürgerbeteiligung ein wichtiges Anliegen. Und: Wir müssen verlässliche Fakten erhalten, wie stark die Gefährdung der Gesundheit vor allem durch Lärmbelastungen tatsächlich in den einzelnen Kommunen im Einzugsbereich des Köln-Bonner Flughafens ist. Die dürften unterschiedlich ausfallen. Hier braucht es belastbarer Zahlen.“

Meiner Überzeugung nach ist es zielführend, in Sachen Nachtflug-Regelung bald einen Runden Tisch einzurichten, an dem die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, vertreten z.B. durch Ihre Initiative „Bürger gegen den Nachtflug“, ebenso Platz nehmen sollten wie Sprecherinnen und Sprecher der Menschen, die am Flughafen Köln-Bonn beschäftigt sind und dort ihren Lebensunterhalt verdienen. Der Flughafen, das wissen Sie so gut wie ich, gehört zu den bedeutenden Arbeitgebern in unserer Region. Sodann sollten nach meinem Dafürhalten die Verwaltungen der tangierten Städte und Gemeinden und die politischen Parteien dieser Runde angehören, natürlich - ganz wichtig - der Flughafenbetreiber selbst.

Wo ist anzusetzen? Ich sehe durchaus Potenzial, was die nachfolgenden drei Punkte angeht:

- Verzicht auf Passagier-Flüge in der Nacht; denn es gibt (wieder) ausreichende Kapazitäten am Tag. Von daher muss es keine nächtliche Flüge für Passagiere geben.

- Anpassung der Königsforst-Route. Hintergrund: Diese wurde vor einiger Zeit verändert, so dass Bergisch Gladbach wieder mehr von Fluglärm betroffen ist - hier gilt es, eine Ausgewogenheit mit anderen betroffenen Kommunen hinzubekommen, um die Route wieder in der ursprünglichen Form zu bringen. Deshalb ist mir das Gespräch untereinander so wichtig.
 - Vorgabe für den Steigungswinkel der Flugzeuge, so dass die Maschinen beim Überfliegen von Bergisch Gladbach bereits in größerer Höhe sind (dieser interessante Punkt wurde in Gesprächen mit einem vom Fluglärm betroffenen Mitbürger, der „vom Fach“ ist, eingebracht).
- Aber auch das verlangt die Redlichkeit in meinen Ausführungen hier: Die militärische Nutzung des Flughafens und wohl auch die Frachtflüge werden aufgrund ihrer Bedeutung weiterhin in der Nacht erlaubt bleiben. Jedenfalls ist das meine Einschätzung. Sollte ich zum Bürgermeister von Bergisch Gladbach gewählt werden, werde ich jedoch persönlich in die Fluglärmkommission gehen und mich für die genannten Ziele vehement einsetzen.

Es ist gut und richtig, dass Sie dieses Thema nach vorne gebracht haben und bringen. Dafür danke ich Ihnen. Die gewünschten Erfolge werden meiner Auffassung nach zu erreichen sein, wenn der Dialog fair verläuft und alle Beteiligten das Machbare in den Blick nehmen.“

XXXXX

Von: Ashok Sridharan BM Bonn, CDU Bonn

haben Sie zunächst vielen Dank für Ihre E-Mail und den Offenen Brief „Köln/Bonn 2030“. Als Lärmschutzbund Flughafen Köln/Bonn e.V. bitten Sie mich um Positionierung zur Frage der künftigen Gestaltung der Nachtflugregelungen für den Flughafen Köln/Bonn.

Wir arbeiten als Stadt Bonn bereits aktiv am Thema Lärm wie sich in dem unlängst vom Rat der Stadt Bonn beschlossenen Lärmaktionsplan Stufe 3 zeigt. Grundlage hierfür war die Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm und das „Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm“ vom 24.06.2005. Danach sind die Kommunen zur Erstellung strategischer Lärmkarten sowie darauf aufbauender Lärmaktionspläne einschließlich der Information der Öffentlichkeit gehalten. Wir sehen uns als Verwaltung in der Pflicht und werden nicht nachlassen, wenn es um die Bekämpfung der Lärmursachen geht. Allerdings können wir als Kommune oft keinen direkten Einfluss nehmen. So hat die Stadt Bonn z.B. nur eine minimale Beteiligung am Flughafen Köln/Bonn.

Wie Sie wissen geht die heute geltende Nachtflugregelung auf die vorzeitige Verlängerung der seinerzeit bis 2015 gültigen Nachtflugregelung im Jahr 2008 durch den zu dieser Zeit amtierenden Landesverkehrsminister zurück. Die Nachtflugregelung wurde 2008 ohne inhaltliche Änderungen bis 2030 verlängert. In dieser Nachtflugregelung wurde entgegen des deutlichen Votums der Fluglärmkommission und der Beschlusslagen fast aller betroffenen Kommunalparlamente keine Kernruhezeit für die Zeit von 0:00 und 5:00 Uhr für den Passagierflugverkehr festgelegt. Die Kommunalvertreter in der Fluglärmkommission hatten sich bei ihrem Votum neben den Beschlüssen ihrer eigenen Räte auch auf einen Beschluss des Landtages NRW vom 24.08.2007 bezogen, in dem unter anderem eine Kernruhezeit für Passagierflugverkehr in der Zeit zwischen 0:00 und 5:00 Uhr gefordert wurde.

Die Vertreter der Stadt Bonn in der Fluglärmkommission bezogen sich während der Diskussion über die vorzeitige Verlängerung der Nachtflugregelung wie auch in späteren Diskussionen und Abstimmungen auf Ratsbeschlüsse vom 29.10.1998 (DS-Nr.: 9801142) und 11.05.2000 (DS-Nr.: 0011084EB3). Eine der dort beschlossenen Positionen ist die Forderung einer Kernruhezeit für Passagierluftverkehr. Auch formuliert ist die Haltung der Stadt, den Frachtflugverkehr am Flughafen Köln/Bonn als den zentralen Standortfaktor im Wettbewerb zu unterstützen.

Ich als Oberbürgermeister werde auch in Zukunft für eine Kernruhezeit für Passagierflugverkehr in der Zeit von 0:00 bis 5:00 Uhr eintreten. Eine solche Kernruhezeit kann aber nur über eine Änderung der Nachtflugregelung/Betriebserlaubnis erfolgen.

Anders stellt sich für mich die Situation dar, wenn die Funktion des Flughafens als Frachtflug-Hub betrachtet wird. Hier sehe ich die Nachtoffenheit als ein wichtiges wirtschaftliches Kriterium für den Flughafen. Dabei gibt es bisher keine Anhaltspunkte dafür, dass diese Aufgaben ausschließlich am Tag geschafft und erledigt werden könnten. Diese Funktion Frachtflug-Hub einschließlich des Frachtflugverkehrs während der Nacht wird im Grundsatz auch seitens aller übrigen Kommunalvertreter in der Fluglärmkommission nicht in Frage gestellt.

Unabhängig davon bin ich natürlich dafür, dass im Vorfeld der künftigen Gestaltung der Nachtflugregelung für den Flughafen Köln/Bonn ein geordneter Diskussionsprozess stattfindet, an dem die vom Fluglärm betroffenen Gemeinden/Initiativen teilhaben können.

XXXXX

Von: Dr. Michael Faber, DIE LINKE Bonn:

„Die Bemühungen um eine verschärfte Nachtflugregelung am Flughafen und eine entsprechende regionale Initiative „Köln/Bonn 2030“ unterstütze ich gerne. Als LINKE setzen wir uns seit Jahren für ein umfassendes Nachtflugverbot im Sinne der Anwohner*innen und der Bürger*innen der Region ein. Wirtschaftliche Erwägungen dürfen in dieser Frage nicht im Vordergrund stehen, zumal auch mit einem Nachtflugverbot ausreichend Zeiten für Starts und Landungen bleiben. Inwieweit es gelingt, in der gesamten Region alle Städte und Gemeinden hierzu an einen Tisch zu bekommen, ist momentan schwer einzuschätzen. Soweit ich dies zukünftig aktiv beeinflussen kann, werde ich dies selbstverständlich tun.“

Ich hoffe, diese Stellungnahme ist eine ausreichende Antwort. Sofern dies nicht so ist oder aber Sie Weiteres benötigen, melden Sie sich bitte.

XXXXX

Von: Mario Dahm, SPD, Hennef

herzlichen Dank für Ihr Schreiben, auf das ich Ihnen gerne antworten möchte.

Als Bürgermeisterkandidat unterstütze ich Ihre Initiative und werde mich dafür einsetzen, dass eine handstreichartige Verlängerung wie zuletzt durch Herrn Wittke nicht wieder erfolgt, sondern die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner in Hennef und der Region endlich angemessen berücksichtigt werden. Dazu muss auch der Austausch zwischen den betroffenen Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis und darüber hinaus intensiviert werden, da nur so eine starke Interessensvertretung im Sinne der effektiven Lärmmindehung und Begrenzung des Nachtflugs erfolgen kann.

XXXXX

Von: Matthias Ecke, Grüne, Hennef

(Beantwortet durch Herrn Fiedrich)

wir beantworten gerne Ihre Anfrage bezüglich unseres Bürgermeisterkandidaten des OV Hennef, Bündnis 90/Die Grünen, zum Flughafen Köln/Bonn.

Unsere Einstellung ist in allen Gremien und bei allen Kandidaten unserer Partei im OV Hennef eindeutig bezogen auf die gesamte Situation Fluglärm (incl. Nachtflugverbot).

Wir dürfen daran erinnern das Herr Schumacher (Lärmschutzgemeinschaft Köln/Bonn) durch uns, Bündnis 90 Die Grünen, Lärmschutzberater mit Vortragsrecht im Umweltausschuss geworden ist. Und das bis zu heutigen Tag. Unser Bürgermeisterkandidat Matthias Ecke, Ausschussvorsitzender im Umweltausschuss, war hier die treibende Kraft. Darüber hinaus hat unser Ortsverband Ihrer Lärmschutzgemeinschaft eine komplette Messstation unentgeldlich und unbefristet in Hennef-Lichtenberg zur Verfügung gestellt. Mit erstaunlichen Werten und noch besseren Argumenten gegenüber den Betreibern des Flughafens und Darstellung für den Bürger.

Wir sind der Überzeugung das Taten mehr zählen als Worte.

Die Werte aller Stationen werden selbstverständlich auf unserer Homepage durch einen Link auf die Seite der Stadt Hennef veröffentlicht.

Nicht zuletzt möchten wir auf die sehr rege Beteiligung unserer Mitglieder bei der damaligen Flughafendemo hinweisen.

Wir alle sind dafür ein Nachtflugverbot einzurichten und zu erhalten. Besonders laute Flieger sollten grundsätzlich keine Anflugerlaubnis, auch am Tage, erhalten

Ergänzung vom 1.9.:

Wir, Bündnis 90/Die Grünen Hennef unterstützen Ihr Vorhaben Köln/Bonn 2030 in unserer Stadt Hennef. Der Zusammenschluss aller Gemeinden ist ja durch die Fluglärmkommision sichergestellt. Mit denen stehen wir auch im regen Kontakt.

Innerhalb der Grünen im Kreis wird dieses Thema bei den betroffenen Ortsverbänden regelmäßig angesprochen. Zudem wir über Horst Becker (Abgeordneter Landtag) und Claudia Wieja (Fluglärmkommision) zeitnah informiert werden und unsere Ansichten zu aktuellen Thema Fluglärm absprechen

XXXXX

Von: Klaus Pipke, CDU, BM Hennef

die Stadt Hennef, der Stadtrat und ich als Bürgermeister setzen uns seit vielen Jahren insbesondere für ein Nachflugverbot am Flughafen Köln/Bonn ein. Wir unterstützen die Lärmschutzgemeinschaft unter anderem damit, dass wir unsere Internetseite als Informationsplattform zur Verfügung stellen

{<http://www.hennef.de/fluglaerm>}. Politisch nutze ich die mir zur Verfügung stehenden Mitteln, um auf die Problematik hinzuweisen und wieder und wieder Verbesserungen zu fordern. Ich denke, wir sind hier auf einer gemeinsamen Linie unterwegs. Insofern unterstütze ich auch die Initiative Köln/Bonn 2030. Der von Ihnen geforderte geordnete politische Diskussionsprozess wird die beste Wirkung entfalten, wenn alle Betroffenen gemeinsam handeln. Hierzu müssen wir weiterhin in einem engen Austausch bleiben und uns so verständigen, dass wir als eine Stimme deutlich vernehmbar bleiben.

Ich danke Ihnen und allen Aktiven in der Lärmschutzgemeinschaft für Ihre seit Jahren wichtige und unverzichtbare Arbeit.

xxxxx

Von: Regina Kaiser, Grüne, Hürth

Ich bin Regina Kaiser und kandidiere für das Bürgermeisteramt der Grünen für die Stadt Hürth. Wir kennen uns sogar von einer Veranstaltung bei den Grünen Porz. Es trifft sich ausgezeichnet, dass Sie Ihr Schreiben rundgeschickt haben, denn ich wollte bereits Kontakt zu Ihnen aufnehmen, denn der Frachtluftverkehr belastet die Bürger hier in Hürth sehr und wurde mir bereits mehrfach eindringlichst ans Herz gelegt. Deshalb möchte ich Sie bitten, falls noch nicht geschehen, uns bitte mit aufzunehmen bei Ihrer Initiative gegen den Fluglärm, falls das noch nicht geschehen sein sollte. Gerne können Sie mich hierzu telefonisch kontaktieren .

Anmerkung LSG: Der Bitte um Zusendung eines Aufnahmeformulars wurde prompt entsprochen.
Leider nichts mehr gehört.

xxxxx

Von: Henriette Reker, Parteilos, OB Köln

„Ich habe mich immer für ein Nachflugverbot von Passagiermaschinen eingesetzt. Wichtig ist mir, dass Köln Vorreiter für eine moderne Infrastruktur mit innovativen Lösungen zur Lärm- und Emissionsreduzierung wird, das schließt den Flughafen Köln/Bonn ausdrücklich ein. Schließlich kann es auch nicht der Wunsch von Reisenden sein mitten in der Nacht in den Urlaub zu starten. Ebenso habe ich mich als Teil des Aufsichtsrates immer für eine möglichst lärmschonende Rotation der Anflugwinkel eingesetzt. Das werde ich auch weiterhin tun.“

Meine Ziele zur Reduzierung des Nachtfluglärms sind weiterhin ungebrochen. Um eine Lösung herbeizuführen, werde ich Gespräche mit der Landesregierung führen, dass eine Veränderung der Nachtfluglaubnis nur in ausgewogener Form (s.o.) möglich ist.“

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

XXXXX

Von: Peter Wirtz, CDU, BM Königswinter

herzlichen Dank für Ihre Nachfrage zum Lärmschutz und Nachtflugverbot am Flughafen Köln/Bonn. Der Rat der Stadt Königswinter hat sich in den vergangenen Jahren mehrfach mit der Lärmproblematik befasst. Auch wenn Königswinter nicht Mitglied der Lärmschutzkommision sein darf - eine Entscheidung, die ich persönlich nicht nachvollziehen kann – setzen wir uns für eine Lärminderung ein. Dies ist zuletzt am 20.12.17 mit Einwendungen gegen den beabsichtigten Planfeststellungsbeschluss erfolgt. Als betroffener Bewohner (direkt unter der Abflugschneise in Königswinter-Wahlfeld) teile ich Ihre Sorgen vollumfänglich und werde mich auch persönlich weiterhin für ein Nachflugverbot und darüber hinausgehende weitere Lärmreduzierungen einsetzen.

Die Initiative Köln/Bonn 2030 werde ich nach besten Kräften unterstützen und grüße mit Dank für Ihre Bemühungen herzlich.

XXXXX

Von: Marc Beer, CDU, Kürten

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Mail. Ich beantworte Ihre Frage indetisch mit der, die ich an die Initiative "Bürger gegen den Nachtflug" gesendet habe. Die Problematik des Nachtfluglärms ist mir als Bürgermeister der Stadt Lohmar sehr gut bekannt. Die Stadt Lohmar und angrenzende Kommunen sind seit Jahren bereits in einem Rechtsstreit diesbezüglich mit dem Flughafen Köln-Bonn. In Kürten stellt sich die Situation anders dar, als in Lohmar. Der Fluglärm ist um einiges weniger, dennoch auch vernehmbar. Als Bürgermeisterkandidat der CDU in Kürten schlagen zwei Herzen in meiner Brust. Dies will ich unumwunden zugeben. Zum einen hat die Nachtruhe bei mir eine hohe Priorität, zum anderen ist mir aber auch der Wirtschaftsfaktor Flughafen Köln-Bonn sehr wichtig. Ich denke man muss hierzu zu einer Kompromisslösung kommen. Dies könnten sein:

Bessere Flugrouten, Leisere Flugzeuge mit ebenfalls weniger Treibstoffverbrauch, Einengung des Zeitfensters der Start und Landungen, Unterstützung der Menschen in besonders betroffenen Gebiete

Mit ist durchaus bewusst, dass dies bereits alles mehrfach diskutiert wurde. Es ist jedoch wichtig, dies transparent und ergebnisoffen weiter zu diskutieren. Es macht m. E. auch nur Sinn, wenn sich diesem Thema viele Kommunen gemeinsam widmen. Jedoch gelingt dies nur, wenn man auch einen gemeinsamen Nenner findet. Ich werde mich als Bürgermeister dafür einsetzen, alle betroffenen Kommunen nochmals an einen Tisch zu bekommen und meine Erfahrungen aus Lohmar einzufließen lassen.

XXXXX

Von: Tim Salgert, CDU Lohmar

auf der einen Seite fühlen sich Anlieger durch Lärm gestört, andererseits sichert der Flughafen viele Arbeitsplätze in unserer Region. Gerade in den letzten Monaten hat sich gezeigt, dass der Luftverkehr in Krisenzeiten sehr wichtig ist. Egal ob Lebensmittel, Masken etc. – die Grenzen waren dicht, der Luftverkehr sorgte somit für eine gesicherte Lieferungsmöglichkeit.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein fairer Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen von Flughafen, Fluglinien und Fluggästen und den berechtigten Anliegen der Anwohner geschaffen wird. Wir werden außerdem weiterhin mit den anderen betroffenen Städten und Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis dafür sorgen, dass die Flughafenbetreiber ihre Anstrengungen zur Verbesserung des Lärmschutzes intensivieren.

Hauptbeweggrund dabei ist es, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen – denn Lärm macht krank.

Dabei geht es bei den Nachtflügen nicht darum, von heute auf morgen grundlegende Änderungen zu erreichen; vielmehr geht es darum, dass die nächsten Jahre genutzt werden, um einen Ausstieg aus den Nachtflügen Schritt für Schritt und vor allem rechtzeitig einzuleiten, denn Nachtflüge sind in Köln/Bonn noch bis 2029 erlaubt.

Ich werde das Thema auf die Tagesordnung der Bürgermeisterkonferenzen im Rhein-Sieg-Kreis setzen lassen.

XXXXX

Von: Claudia Wieja, Grüne Lohmar

natürlich unterstütze ich die Initiative **„Köln/Bonn 2030“!**

Als Bürgermeisterin werde ich die Bürgmeisterinnen und Bürgermeister der betroffenen Kommunen an einen Tisch holen, um sich dort zu dem Thema auf gleicher Augenhöhe auszutauschen. Ich habe keine Kenntnis davon, dass dies bislang geschieht oder ob es von einem der amtierenden Bürgermeistern angeregt wurde.

XXXXX

Von: Norbert Büscher, CDU, BM Much

das Thema Lärmschutz Flughafen Köln/Bonn ist schon seit Jahren ein Dauerthema.

Aufgrund der häufigen Nachfragen über die erhöhten Flugbewegungen über der Gemeinde Much, wurden Gespräche mit Ihrem Verein geführt. Im Verlaufe dieses Gespräches haben wir einige wichtige Informationen über bestimmte Hintergründe zu den erhöhten Flugbewegungen erhalten, die uns nicht bekannt waren, da uns bisher nur Informationen seitens der Flughafengesellschaft vorlagen. Auf Antrag der CDU-Fraktion im Mucher Gemeinderat wurde am 28.11.2020 einstimmig beschlossen, dem Verein LSG Köln/Bon beizutreten. Insoweit unterstützen wir Ihren Vereine.

Ich habe eine klare Meinung zu den Ferienflügen in der Nacht. Es ist nicht erforderlich, dass Flugzeuge nach 24.00 Uhr starten oder landen. Ich bin für eine Kernruhezeit zwischen 24.00 – 5.00 Uhr.

Der Frachtflugbereich ist für die Region ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Flughafen Köln/Bonn und die angesiedelten Firmen beschäftigen so viele Mitarbeiter/innen, wie Much Einwohner hat. Insofern kann hier nicht auf ein Nachtflugverbot bestanden werden. Hier ist es wichtig, dass UPS und FedEx verstärkt auf leiseres und spritsparendes Fluggerät umstellen, was aber zum Teil auch schon erfolgt ist.

Gerne können wir nach der Kommunalwahl mit den anderen betroffenen Kommunen in Gespräche kommen.

Nachtrag.:

selbstverständlich bin ich für die Einführung einer Kernruhezeit. Eine Kommune alleine wird natürlich nichts erreichen können. Das zeigen eindeutig die bisherigen Bemühungen. Die kommunale Familie muss an einem Strang ziehen. Das ist bisher nicht immer der Fall gewesen. Es sind ja auch nicht alle Kommunen Mitglieder in der Lärmschutzgemeinschaft. Ich würde mir wünschen, dass die Lärmschutzgemeinschaft alle betroffenen Kommunen nach der Kommunalwahl zu einem Termin einlädt. Hier sollte dann versucht werden, eine gemeinsame Richtung zu entwickeln. Ich bin gerne bereit, mich mit einzubringen

XXXXX

Von: Christoph Nicodemus, CDU, Overath

bereits zu dem in Rösrath stattgefundenen Termin mit der Deutschen Flugsicherung u.a. habe ich, wie Sie sicher wissen, an der Vorbereitung mitgewirkt. Und auch wenn ich bei zum Termin selbst verhindert war, freue ich mich über das Ergebnis und hoffe, dass es zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger entlang der Route die erhofften Früchte trägt!

Ja, bis 2030 kann nicht gewartet werden, um weitere Verbesserungen zu generieren. Wohl wissend,

dass die Städte Bonn und insbesondere Köln nicht unerhebliche Gesellschaftsanteile besitzen, ist ein kommunaler Zusammenschluss richtig. Hier gibt es aus meiner Sicht drei Kernaspekte, die, soweit möglich, bereits vor 2030 umgesetzt werden sollten:

- Ein festes Zeitfenster ohne nächtlichen Passagierflug.
- Senkung von Lärmemissionsgrenzen für Frachtmaschinen und eine Anhebung der Gebühren für ältere und laute Frachtmaschinen bis dahin.
- Die Festschreibung einer Anzahl von Landungen und Starts von Frachtmaschinen innerhalb des o.a. Zeitfensters.

Diese Aspekte sind aus meiner Sicht in die Betriebsgenehmigung ab 2030 verbindlich aufzunehmen beziehungsweise verbindlich zu vereinbaren.

Um dies umzusetzen müssen über eine interkommunale Zusammenarbeit bei diesem Thema auch die vorhandenen Kontakte zu Bund, Land und den Kreisen **frühzeitig** genutzt werden.

Für die Beantwortung weiterer Fragen oder ergänzenden Erläuterungen stehe ich gerne zu Verfügung!

XXXXX

Von: Jörg Weigt, SPD, BM Overath

Als Bürgermeister der Stadt Overath sehe ich den Fluglärm ebenfalls als kritisch an, insbesondere der Nachtflugverkehr ist für viele Bürgerinnen und Bürger in Overath ein großes Ärgernis. Ich stehe in einem regen Austausch mit dem Flughafen und als eine erste Amtshandlung habe ich vor vielen Jahren eine stationäre Meßanlage in Immekeppel, also im Bereich der Route installieren lassen.

Durch diese Maßnahme konnte eine Versachlichung der Diskussion erreicht werden.

Nichtsdestotrotz kann festgestellt werden, der Flugverkehr hat zugenommen und durch die Veränderung der Routen kommt es zu erheblichen Beeinträchtigungen gerade in der Nacht.

Diesbezüglich hatte ich mehrere öffentliche Veranstaltungen und Diskussionen mit der Flughafenleitung und Bürgerinnen und Bürger in Overath.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass ich mich mit Bürgermeistern des oberbergischen Kreises getroffen habe. Wir haben die Problematik diskutiert und absteckt, welche Möglichkeiten für die betroffenen Kommunen bestehen. Im Ergebnis haben wir eine Presseerklärung herausgegeben, welche selbstverständlich vom Flughafen zur Kenntnis genommen wurde.

Wenn ich rechtzeitig von ihrer Veranstaltung in Rösrath erfahren hätte, wäre ich gerne dabei gewesen. Für mich wäre die Anwesenheit auch ein Ausdruck von Solidarität und gemeinsamen Interessen in der Region.

Für weitere Kontaktaufnahme und Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

XXXXX

Von: Dirk Mau, SPD, Rösrath

Ich unterstütze Ihr Anliegen vorbehaltlos. Wie Ihnen sicher bekannt ist, setze ich mich schon jahrelang für eine Kernruhezeit am Flughafen Köln/Bonn ein, und zwar für alle Flugbewegungen, sowohl Passagier- als auch Frachtflüge. Eine reine Beschränkung auf Passagierflüge, wie sie von mancher Seite ins Spiel gebracht wird, ist aus meiner Sicht wirkungslos. Für die Betroffenen ist es schllichtweg egal, ob Frachtstücke oder Passagierte in dem Flugzeug transportiert werden, dass sie aus

dem Schlaf reißt oder das Einschlafen verhindert.

Ich unterstütze Ihren Ansatz, mit der der Initiative Köln-Bonn 2030 einen geordneten Prozess ins Leben zu rufen, auch um damit ein erneute Verlängerung der Nachtfluggenehmigung „über Nacht“ ohne Anhörung aller Betroffenen zu verhindern. Ich glaube, diese Federstrichtentscheidung der letzten schwarz-gelben Landesregierung ist uns allen noch in schlechter Erinnerung, daher sollte der Zusammenschluss aller negativ betroffenen Kommunen zeitnah erfolgen, um größeres Gewicht zu erlangen.

Ob sich zeitnah Verbesserungen bis 2030 (von den besonderen Problemen im Bereich Kleineichen / Forsbach abgesehen) erreichen lassen, bin ich ehrlicherweise skeptisch, da der derzeitige Betrieb rechtskonform ist und wir hier also auf ein freiwilliges Einsehen der Beteiligten angewiesen sind. Auch hier wäre es aus meiner Sicht zielführend, möglichst früh mit der Landespolitik ins Gespräch zu kommen. Hierzu erscheint mir Ihre Initiative sehr gut geeignet.

Dies in aller Kürze. Ich hoffe, ich habe alle Ihre Fragen ausreichend beantwortet. Sollten noch Nachfragen offen sein, stehe ich selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung

XXXXX

Von: Marcus Mombauer, CDU Rösrath

mein Handeln zum Thema der Fluglärmproblematik lässt sich in meiner Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt Rösrath einfachst den Medien entnehmen.

Sie wissen um meinen Einsatz in Gesprächen mit den unterschiedlichsten Verhandlungspartnern in der Kreisstadt Siegburg, der Bezirksregierung, im Rhein. Berg. Kreis und auch in der politischen Landschaft. Dies völlig unabhängig von Kommunalwahlen.

Als unmittelbar betroffener Bewohner des Ortsteils Rambrücken (von 1991-2020), nunmehr wohnend in Forsbach, ist mir der Fluglärm auch aus eigenem Erleben und Aufwachen bestens bekannt.

Ihr Anliegen, die weiteren Regelungen über das Jahr 2030 hinaus bereits heute in einem fairen und transparenten Diskussionsprozess und eben nicht im Kurzschlussverfahren begleiten zu wollen, deckt sich zu 100 Prozent mit meinem persönlichen aber auch dienstlichen Anliegen.

Ich werde hierzu auch weiterhin meinen Beitrag leisten.

Mir ist es völlig unverständlich, dass Passagierflüge in der Nachtzeit erfolgen müssen.

Daher plädiere ich für ein Passagier-Nachtflugverbot bestenfalls von 23 Uhr bis 06 Uhr. Ob das realistisch ist, mögen andere entscheiden. Ich setze mich jedenfalls dafür ein.

Zudem halte ich den passiven Lärmschutz auch in den Ortsteilen Kleineichen und Forsbach für geboten.

Eine Möglichkeit des Zusammenschlusses aller vom Flugbetrieb betroffenen Gemeinden sehe ich über die Fluglärmkonferenzteilnehmer hinaus in einem Aufruf der Stadt Siegburg. Alle an einen Tisch. Das sollte helfen. Gespräche auf Augenhöhe.

XXXXX

Von: Mario Loskill, BM Ruppichteroth

im Falle meiner Wiederwahl als Bürgermeister der Gemeinde Ruppichteroth werde ich Ihre Initiative „Köln/Bonn 2030“ gerne unterstützen.

Bereits im laufenden Planfeststellungsverfahren zum Flughafen Köln/Bonn hat sich der Rat der

Gemeinde Ruppichteroth inhaltlich den Stellungnahmen der Städte Hennef, Lohmar und Siegburg angeschlossen, die nachweislich am stärksten vom Flugbetrieb betroffen sind. Selbstverständlich wurde in der hiesigen Stellungnahme noch spezifisch auf unsere Kommune gerichtet, bestehende Probleme des Flugverkehrs hingewiesen. Damit sollte unter anderem ausgedrückt werden, dass wir einen Zusammenschluss aller vom Flugbetrieb betroffenen Kommunen darstellen, der einen - wie von Ihnen ausgeführt – fairen Diskussionsprozess auf Augenhöhe mit dem Flughafen führen möchte. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die Einführung eines Nachtflugverbots möglich ist, ohne den Betrieb des Flughafens Köln/Bonn wirtschaftlich und somit Arbeitsplätze zu gefährden. Denkbar als Kompromissvorschlag wäre für mich eine schrittweise Umsetzung des Nachflugverbots, der von allen Beteiligten mitgetragen werden kann. Warum sollte dieser nicht vor 2030 bereits beginnen?! Letztlich braucht es für meinen Vorschlag den von Ihnen zurecht aufgeführten Dialog mit Bund, Land, Flughafen, den betroffenen Kommunen und den Interessensvertretern der Bevölkerung wie die vorbildlich agierende Lärmschutzgemeinschaft.

XXXXX

Von: Annette Mannschott, Grüne, Siegburg

vielen Dank für die Übersendung des „Offenen Briefs“ hinsichtlich Ihrer neuen Initiative „Köln/Bonn 2030“.

Ich unterstütze Ihre Forderungen auch persönlich vollumfänglich. Aus diesem Grund bin ich auch bereits Mitglied der „LSG“ geworden.

Im Falle meiner Wahl zur Bürgermeisterin der Kreisstadt Siegburg werde ich gemeinsam mit den anderen BürgermeisterInnen der betroffenen Gemeinden dafür Sorge tragen, einen geordneten Prozess sicherzustellen, damit eine weitere Betriebsverlängerung bis 2050 im Sinne der Flugverkehrsunternehmen und damit gegen die lebensnotwendigen Bedürfnisse der Betroffenen - auch den Einwohnern von Siegburg- nicht erfolgt.

Die Stimme der Kreisstadt hat in der Runde der BürgermeisterInnen besonders Gewicht; ich werde unmittelbar nach der Wahl Kontakt zu meinen Kolleg*innen aufnehmen und einen „eckigen“ Tisch in Siegburg initiieren. Dazu werde ich Sie auch einladen.

Ich wünsche uns allen in dieser Sache Erfolg im Sinne aller betroffenen Einwohner*innen. Weiterhin werde ich mich dafür einsetzen, dass auch der Ortsverein Siegburg Mitglied der LSG wird

XXXXX

Von: Ulla Thiel, CDU, Siegburg

Der Flughafen Köln/Bonn ist ein Wirtschaftsfaktor mit Bedeutung für die Region.

Doch: ich bin eine strikte Gegnerin des Nachtflugverkehrs. Nächtlicher Fluglärm macht krank, seine gesundheitsschädigenden Auswirkungen sind evident.

Ich stehe ein für konsequenteren Gesundheitsschutz der Siegburgerinnen und Siegburger. Deshalb mache ich mich für ein absolutes Nachtflugverbot stark.

Siegburg hat rechtlich alles unternommen, um dem Nachtflugverkehr am Flughafen Köln-Bonn ein Ende zu setzen. Die Klagen der Kreisstadt Siegburg waren bislang erfolglos.

Ich will weiterhin alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um ein Nachtflugverbot

zwischen 0 und 6 Uhr zu erwirken.

Aktuell richte ich meinen Fokus auf das Planfeststellungsverfahren.

Für mich steht fest und das ist meine klare und eindeutige Position:

Die Menschen müssen vor dem gesundheitsschädlichen Nachtflugterror geschützt werden und nicht der Flughafen vor den Menschen. Es gibt ein Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, keines auf beste Bilanzen und rücksichtslose Gewinnmaximierung.

Die Initiative "Köln/ Bonn 2030" unterstütze ich daher in vollem Maße im Rahmen des mir Machbaren.

Dafür erforderlichen Zusammenschlüssen mit anderen von Flugverkehr betroffenen Kommunen stehe ich offen gegenüber.

Die Stadt Siegburg stand auch bisher beim Thema Nachtflug im engen Schulterschluss mit anderen Kommunen wie z.B. Lohmar oder Hennef. Daran halte ich auch künftig fest.

XXXXX

Von: Marc Knülle, SPD St. Augustin

herzlichen Dank für Ihr Schreiben und die Bitte, die von Ihnen angeregte Initiative "Köln/Bonn 2030" zu unterstützen.

Als SPD-Fraktion der Stadt Sankt Augustin unterstützen wir diese Initiative gerne, weil der Lärmschutz nur im Konsens mit der Bevölkerung vorangebracht werden kann.

Bisher und auch weiterhin fordern wir ein Nachtflugverbot für Passagierflüge sowie eine Kernruhezeit für Cargoflüge. Letzteres basiert auf der Ambivalenz zwischen den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Logistikfirmen und denen der Bürgerinnen und Bürger.

Wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen.

XXXXX

Von: Hans Leopold Müller, UWG Regenbogen, Troisdorf

wir werden nach Wiedereinzug in den kommenden Rat der Stadt Troisdorf verstärkt unseren Vertreter in der Lärmschutzkommision der Berichtspflicht ggü. dem Rat und seinen Ausschüssen unterziehen und uns auch dafür einsetzen, dass die Stadt Troisdorf eine Infoseite analog der vorbildlichen der Stadt Hennef unter Troisdorf.de einrichtet und die entsprechenden Daten über Flugbewegungen und Fluglärm über Troisdorf immer zeitnah einpflegt. Ein Ausschluss aller Nachtpassagierflüge in der Zeit von 0.00h bis 5.00h wird in der nächsten Wahlperiode ganz oben auf unserer Agenda stehen. Leider haben wir diesem Themenkomplex in der zurückliegenden Wahlperiode nicht die nötige Aufmerksamkeit zukommen lassen.

XXXXX

Von: Nadja Partanen, FDP, Troisdorf

Zunächst würde ich mich im Falle meiner Wahl als erste Troisdorfer Bürgermeisterin dafür einsetzen, dass die Zukunft des Flughafens Köln/Bonn gesichert bleibt. Durch die Corona-Pandemie ist der Flugverkehr in einigen Monate enorm reduziert worden, was die Passagierbeförderung anbelangt. Das Frachtaufkommen ist jedoch in dieser Zeit angestiegen.

Ich halte mich insoweit an die Beschlüsse der Troisdorfer FDP, die auch im aktuellen Wahlprogramm Niederschlag gefunden haben. Diese lauten unter dem Punkt „Mittelstand & Wirtschaft“ wie folgt:

„Wirtschafts- und Finanzpolitik ist kein Selbstzweck. Sie ist Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Einem Gemeinwesen, das den Einzelnen in seiner freien Entfaltung unterstützt und die Lebensqualität aller steigert. Wir als FDP Troisdorf setzen uns ein:“

(...)für den Flughafen als Standortfaktor! Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der Frachtflug erhalten bleibt, Passagierflüge jedoch in der Zeit von 0 bis 5 Uhr weder starten noch landen dürfen (...)"

Ähnliches hat auch die FDP Rhein-Sieg beschlossen.

Wir sehen die Notwendigkeit, den Frachtflugbetrieb in Köln/Bonn zu erhalten, da daran unmittelbar und mittelbare viele Tausende Jobs abhängen. Ein Frachtflugverbot gerade in der Nacht käme deren sicheren Vernichtung gleich. Dennoch müssen hier Mechanismen gefunden werden, die den Frachtflugbetrieb leiser machen. Hier können die Preise in Abhängigkeit der Lautstärke der Maschinen, aber auch der entsprechenden Bußgelder für Verstöße gegen Anflugrouten, Überflughöhen u.a. ein effektives Instrumentarium sein.

Hinsichtlich des Passagierfluges müssen jedoch Ruhezeiten geschaffen werden, so dass Kernruhezeiten eingehalten werden.

Ob es eines neuen Gremiums tatsächlich bedarf, halte ich derzeit für fragwürdig, da die bisher bestehende Fluglärmkommission, in der von Troisdorfer Seite der Baudezernent Walter Schaaf die Troisdorfer Interessen vertritt, die von Ihnen angesprochenen Thematiken behandelt. Diese Themen könnten zwar verstärkt in dem bestehenden Gremium angesprochen werden, aber ob eine weitere Diskussionsform eröffnet werden muss, sehe ich nicht.

Es wurden mir in den letzten Wochen vermehrt Beschwerden aus den Ortsteilen Bergheim, Eschmar und Müllekoven über Fluglärmbelastungen herangetragen. Dies ist sicherlich mit den Bauarbeiten auf der Hauptlandebahn zu begründen, dennoch wird von einigen Anwohnern bezweifelt, dass die Vorgaben beim Start über die Querwindbahn eingehalten wurden. Dies wäre entsprechend vom Flughafen nachzuhalten und bei entsprechenden Verstößen zu ahnden.

Mir ist die Problematik im Hinblick auf die Abwägung der wirtschaftlichen Interessen mit denen gesundheitlichen Schutzgütern der Anlieger bewusst. Hier muss auch nach meiner Auffassung eine Verschiebung zu Gunsten der Interessen der Anlieger erfolgen. Dies kann aber in den gegenwärtigen Strukturen erreicht werden und es bedarf keines weiteren Gremiums. Gerne stehe ich aber Ihnen zur Verfügung, um die Themen in die Lärmschutzkommission einfließen zu lassen, die Sie als diskussionswürdig erachten.

XXXXX

Von: Markus Hüsges, Grüne, Troisdorf

Troisdorf ist derzeit nicht Mitglied der Interessengemeinschaft, sondern nur in der Lärmschutzkommission vertreten. Als Bürgermeister wird es mir ein wichtiges Anliegen sein schnell sicherzustellen, dass die Stadt sich auch in der LSG als Mitglied einbringt.

Bislang war das Nachtflugverbot in Troisdorf nicht durchzusetzen, denn eine breite Mehrheit aus mindestens CDU und SPD gab dem Arbeitsplatzargument den Vorzug, jedenfalls bezogen auf die Frachtflüge.

Als GRÜNER Bürgermeister sehe ich allerdings die Gesundheit der Anwohner*innen um den

Flughafen herum als wichtiger an. Gerade die coronabedingte Reduzierung der Flugbewegungen im Passagierbereich hat noch mal allen Beteiligten und Betroffenen gezeigt, welche Wohltat es sein kann, wenn die Flugzeuge nachts auf dem Boden bleiben, weniger ist hier mehr!

Ziel der Region Köln/Bonn muss es sein, für das Standbein Logistik wirtschaftliche Alternativen zu entwickeln, eine Aufgabe, die ein Troisdorfer Bürgermeister angehen kann, wenn er schon nicht Landes- oder gar Bundesgesetzgebung beeinflussen kann. Auf der überregionalen politischen Ebene setze ich voll auf das GRÜNE Engagement, zum Beispiel vom Landtagsabgeordneten Becker.

E N D E